

Flurbereinigung Gangelt I

Az.: 33.43 -14 06 2-

14. ÄNDERUNGSBESCHLUSS

Die Bezirksregierung Köln, Dezernat 33 -Ländliche Entwicklung, Bodenordnung-, hat beschlossen:

1. Das durch den Flurbereinigungsbeschluss vom 10.04.2006 und zuletzt durch den 13. Änderungsbeschluss vom 30.04.2013 festgestellte Flurbereinigungsgebiet wird gemäß § 8 Abs. 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.03.1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2008 (BGBl. I S. 2794), wie folgt geändert:

Zum Flurbereinigungsgebiet werden die nachstehend aufgeführten Grundstücke **zugezogen** und auch insoweit die Flurbereinigung angeordnet:

Regierungsbezirk Köln
Kreis Heinsberg

Gemeinde Gangelt

Gemarkung Gangelt

Flur 9 Flurstück 1

Gemarkung Breberen-Schümm

Flur 12 Flurstück 51/24.

Aus dem Flurbereinigungsgebiet werden die nachstehend aufgeführten Grundstücke **ausgeschlossen**:

Regierungsbezirk Köln
Kreis Heinsberg

Gemeinde Gangelt

Gemarkung Birgden

Flur 1 Flurstücke 3, 11

Flur 2 Flurstücke 18, 19

Flur 4 Flurstück 38

Flur 5 Flurstück 162

Flur 7 Flurstücke 78, 79

Flur 8 Flurstücke 9, 35, 36, 118, 134, 140

Flur 15 Flurstück 7

Flur 16 Flurstücke 31, 123

Flur 18 Flurstücke 18, 47, 48, 51, 69, 70, 71, 72

Gemarkung Breberen-Schümm

Flur 7 Flurstück 275

Flur 11 Flurstücke 36, 38, 39, 41

Gemarkung Gangelt

Flur 4 Flurstück 109/13

Flur 5 Flurstück 11/1

Flur 6 Flurstücke 5, 7, 30/4

Flur 11 Flurstück 10

Flur 13 Flurstücke 159, 216

Flur 15 Flurstücke 41, 56

Flur 16 Flurstücke 16, 17, 18, 58, 92, 93

Flur 17 Flurstücke 43, 44, 45, 55, 56, 57, 228, 229

Flur 18 Flurstücke 12, 25, 60/29

Flur 19 Flurstücke 28, 57

Flur 25 Flurstücke 39/11, 44/15

Flur 26 Flurstück 48

Flur 27 Flurstück 26

Flur 30 Flurstücke 101, 102

Gemarkung Schierwaldenrath

Flur 4 Flurstücke 52, 67, 71, 84, 202, 206

Flur 5 Flurstücke 2, 3, 55, 136, 144, 145, 146, 237, 254, 258, 259

Gemeinde Selfkant

Gemarkung Höngen

Flur 10 Flurstücke 150, 151, 152, 153, 154

Gemeinde Waldfeucht

Gemarkung Braunsrath

Flur 21 Flurstück 14

Stadt Heinsberg

Gemarkung Aphoven

Flur 3 Flurstück 1

Gemarkung Dremmen

Flur 29 Flurstück 9

Gemarkung Laffeld

Flur 5 Flurstück 304

Gemarkung Oberbruch

Flur 26 Flurstück 90

Gemarkung Randerath

Flur 36 Flurstücke 48, 49, 79

Flur 41 Flurstücke 29

Gemarkung Waldenrath

Flur 1 Flurstücke 120, 174, 181, 260, 265, 266, 267, 268, 364

Flur 6 Flurstücke 19, 22, 146

Flur 14 Flurstück 18

Flur 15 Flurstück 66.

2. Das geänderte Flurbereinigungsgebiet ist auf der als Anlage zu diesem Beschluss genommenen Gebietskarte dargestellt und hat nunmehr eine Größe von rund 788 ha.
3. Der Änderungsbeschluss mit Gründen und Gebietskarte liegt zur Einsichtnahme für die Beteiligten einen Monat lang während der Dienststunden aus bei
 - a) der Gemeindeverwaltung Gangelt, Burgstraße 10, 52538 Gangelt, Zimmer 215/216,
 - b) der Gemeindeverwaltung Selfkant, Am Rathaus 13, 52538 Selfkant, Zimmer 33,
 - c) dem Dezernat 33 der Bezirksregierung Köln, Dienstgebäude Aachen, Robert-Schuman-Straße 51, 52066 Aachen, Zimmer 2092.

Die Monatsfrist beginnt mit dem ersten Tag der öffentlichen Bekanntmachung dieses Beschlusses.

Gleichzeitig kann der 14. Änderungsbeschluss mit Gründen und der Gebietskarte auf der Internetseite der Bezirksregierung Köln eingesehen werden. Den Link dazu finden Sie am Ende dieses Verwaltungsaktes.

4. Die Eigentümer des zum Flurbereinigungsgebiet zugezogenen Grundbesitzes werden Teilnehmer der durch den Flurbereinigungsbeschluss vom 10.04.2006 gebildeten Teilnehmergeinschaft der Flurbereinigung Gangelt I mit dem Sitz in

Gangelt. Die Eigentümer der Grundstücke, die ausgeschlossen werden, scheiden aus der Teilnehmergeinschaft aus.

5. Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, sind nach § 14 Abs. 1 FlurbG innerhalb einer Frist von drei Monaten nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung dieses Beschlusses bei der

Bezirksregierung Köln
- Dezernat 33 -
Zeughausstraße 2-10
50667 Köln

anzumelden.

Zu diesen Rechten gehören z. B. nicht eingetragene dingliche Rechte an Grundstücken oder Rechte an solchen Rechten sowie persönliche Rechte, die zum Besitz oder zur Nutzung von Grundstücken berechtigen oder die Nutzung von Grundstücken beschränken. Auf Verlangen der Flurbereinigungsbehörde hat der Anmeldende seine Rechte innerhalb einer von der Flurbereinigungsbehörde zu setzenden Frist nachzuweisen. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist besteht kein Anspruch auf Beteiligung.

Werden Rechte erst nach Ablauf der bezeichneten Frist angemeldet oder nachgewiesen, so kann die Flurbereinigungsbehörde die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gemäß § 14 Abs. 2 FlurbG gelten lassen.

Der Inhaber eines der bezeichneten Rechte muss nach § 14 Abs. 3 FlurbG die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt wird.

6. Von der Bekanntgabe dieses Beschlusses an gelten bezüglich der zugezogenen Grundstücke folgende zeitweilige Einschränkungen, die bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes wirksam sind:
 - a) In der Nutzungsart der Grundstücke dürfen ohne Zustimmung der Bezirksregierung Köln nur Änderungen vorgenommen werden, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören (§ 34 Abs. 1 Nr. 1 FlurbG).
 - b) Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen dürfen nur mit Zustimmung der Bezirksregierung Köln errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden (§ 34 Abs. 1 Nr. 2 FlurbG).
 - c) Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze dürfen nur in Ausnahmefällen, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden, mit Zustimmung der Bezirksregierung Köln beseitigt werden (§ 34 Abs. 1 Nr. 3 FlurbG).
 - d) Holzeinschläge, die den Rahmen einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung übersteigen, bedürfen der Zustimmung der Bezirksregierung Köln (§ 85 Nr. 5 FlurbG).

Sind entgegen den Anordnungen zu a) und b) Änderungen vorgenommen oder Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Flurbereinigungsverfahren unberücksichtigt bleiben. Die Bezirksregierung Köln kann den früheren Zustand gemäß § 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dieses der Flurbereinigung dienlich ist (§ 34 Abs. 2 FlurbG).

Sind Eingriffe entgegen der Anordnung zu c) vorgenommen worden, so muss die Bezirksregierung Köln Ersatzpflanzungen auf Kosten der Beteiligten anordnen (§ 34 Abs. 3 FlurbG).

Sind Holzeinschläge entgegen der Anordnung zu d) vorgenommen worden, so kann die Bezirksregierung Köln anordnen, dass derjenige, der das Holz gefällt hat, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat (§ 85 Nr. 6 FlurbG).

Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen zu b) bis d) dieses Beschlusses sind Ordnungswidrigkeiten und können mit einer Geldbuße bis zu 1.000,-- € für den einzelnen Fall geahndet werden [§ 154 FlurbG, §§ 1 und 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung vom 19.02.1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.10.2013 (BGBl. I S. 3786)]. Unter Umständen kann auch eine höhere Geldbuße auferlegt werden (§ 17 Abs. 4 OWiG). Außerdem können Gegenstände eingezogen werden, auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht (§ 154 Abs. 3 FlurbG).

Die Bußgeldbestimmungen nach anderen Gesetzen bleiben unberührt.

Gründe

Der Landesbetrieb Straßenbau NRW betreibt den Neubau der Bundesstraße 56 (B 56n) von der deutsch-niederländischen Staatsgrenze bis zur Kreisstraße 13 (K 13) einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen an Verkehrswegen und Anlagen Dritter auf dem Gebiet der Gemeinden Gangelt und Selfkant im Kreis Heinsberg. Die Flächenbereitstellung für den 2. Bauabschnitt - von der Landesstraße 410 (ehemalige Transitstraße N 274) bis zur K 13 - sowie die Minderung der durch das Unternehmen verursachten agrarstrukturellen Schäden erfolgt im Rahmen der Flurbereinigung Gangelt I.

Das Flurbereinigungsgebiet ist nach Abwägung der agrarstrukturellen örtlichen Gegebenheiten und der sich aus der Topographie, der vorhandenen Verkehrsanlagen und bebauten Flächen ergebenden Zwänge so begrenzt worden, dass einerseits der besondere Zweck der Neuordnung möglichst vollkommen erreicht wird, andererseits auch nicht mehr Grundstücke als unumgänglich erforderlich einbezogen werden.

Die Zuziehung der unter Ziffer 1 dieses Änderungsbeschlusses aufgeführten Flurstücke ist nach den Zielvorstellungen des Verfahrens zur Erreichung einer umfassenden und wirksamen Neuordnung ländlichen Grundbesitzes zur Beseitigung entstehender Nachteile für die allgemeine Landeskultur erforderlich.

Mit dem Ausschluss der unter Ziffer 1 aufgeführten Flurstücke soll eine zweckmäßige Abgrenzung des Flurbereinigungsgebietes erreicht werden. Deren Verwertung ist im Zusammenhang mit der Ausweisung der B 56n - von der K 13 bis zur Bundesstraße

221 (Anschlussstelle Autobahn 46) - bzw. der Ausweisung der Kreisstraße EK 13/ EK 17 - Ortsumgehung Gangelt - in den zwischenzeitlich eingeleiteten Flurbereinigungsverfahren Gangelt II bzw. Gangelt III vorgesehen.

Die Voraussetzungen zur Änderung des Flurbereinigungsgebietes liegen vor. Die Gebietsänderung erfolgt gemäß § 8 Abs. 1 FlurbG.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Änderungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach seiner öffentlichen Bekanntmachung Widerspruch eingelegt werden. Der Widerspruch ist schriftlich bei der

Bezirksregierung Köln
-Dezernat 33-
50606 Köln

oder zur Niederschrift bei der

Bezirksregierung Köln
-Dezernat 33-
Robert-Schuman-Str. 51
52066 Aachen

unter Angabe des Aktenzeichens einzulegen.

Sofern Sie über eine qualifizierte elektronische Signatur nach § 2 Nummer 3 des Signaturgesetzes vom 16. Mai 2001 (BGBl. I S. 876) in der jeweils geltenden Fassung verfügen, können Sie den Rechtsbehelf auch elektronisch einlegen. Näheres hierzu entnehmen Sie bitte der Internet-Seite www.bezreg-koeln.nrw.de unter dem Suchbegriff EGVP.

Hinweise:

- Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten. Die besonderen technischen Voraussetzungen sind unter www.egvp.de aufgeführt.
- Falls die Frist durch einen von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Im Auftrag

(LS.)

gez. Rombey
Oberregierungsvermessungsrätin

Hinweis:

Den vorstehenden Text des 14. Änderungsbeschlusses mit Gründen und der Gebietskarte können Sie auf der Internetseite der Bezirksregierung Köln einsehen:

http://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/verfahren/33_flurbereinungsverfahren/gangelt_eins